

A N F R A G E von Martin Farner (FDP, Oberstammheim), Linda Camenisch (FDP, Wallisellen) und Katharina Kull-Benz (FDP, Zollikon)

betreffend Unterbringung und Kosten im Asylwesen in den Zürcher Gemeinden

Wir erleben seit längerer Zeit einen zunehmenden Druck durch den Kanton bezgl. Neuaufnahmen von Asylbewerbern, welcher sich speziell auf die Wohnsituation auswirkt. Kaum haben wir mit Mühe und Not einen Platz gefunden und die Asylanten bei uns aufgenommen, erhalten diese innert immer kürzeren Fristen den Status F und zwar nicht den von «vorläufig aufgenommenen Personen (VA)» sondern vermehrt den von «vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen (VAFL)», und dieser zählt nicht zum Kontingent. Das bedeutet für uns, dass wir andauernd neuen günstigen Wohnraum zur Verfügung stellen müssen.

Gemäss Zeitungsberichten und diversen Antworten auf Vorstösse im Kantonsrat nahmen die Soziallasten in den Gemeinden in den letzten Jahren deutlich zu. Einen grossen Anteil machen die Kosten im Asylwesen aus. Allein im kleineren Bezirk Andelfingen machen die Kosten im Asylwesen für Asylanten mit F-Status mit über 10-jähriger Aufenthaltsdauer einen Betrag von über 650'000.-- Franken aus. Dazu kommen noch zunehmende Ausgaben für die Schulen sowie Sonderschulmassnahmen.

Die Kosten wurden in den letzten Jahren von Bund und Kanton auf die Gemeinden abgewälzt.

Die Situation ist zunehmend ungerecht, da die Gemeinden, welche in den letzten Jahren die Aufnahmepflicht erfüllt haben, mit deutlichen Mehrkosten belastet wurden. Eine unhaltbare und unbefriedigende Situation. Gemeinden, die in den letzten Jahren die Aufnahmepflicht nicht erfüllt haben, sind von diesen Kosten nicht betroffen. Ein Zustand den wir, die Gemeinden, welche die Verpflichtungen erfüllen, nicht mehr akzeptieren können und wollen.

Wie es sich zeigt, hat im Asylbereich ein starkes Kostenwachstum stattgefunden, wobei die aktuellen Ausgaben in der Schweiz bei über 1.3 Mia. Franken liegen. Die steigenden Kosten für Bund, Kanton und Gemeinden sind absolut unhaltbar und lassen unser Sozialnetz und unsere Sozialkosten explodieren.

Die aktuelle Situation im Asylwesen zeigt, dass grosse Probleme vorhanden sind. Die Verfahren werden zwar effektiv einige Monate kürzer. Damit könnte die Schweiz nicht nur Kosten sparen, sondern teilweise auch der Kriminalität vorbeugen. Kürzere Verfahren alleine können die Probleme aber nicht vollständig lösen, sondern man benötigt zusätzliche Massnahmen für die Asylanten mit F-Status und vorläufig aufgenommene Flüchtlinge (VAFL)

Fragen:

1. Wie sieht der Regierungsrat die finanzielle Entwicklung und Belastung im Asylwesen für die Gemeinden in den nächsten Jahren?
2. Wie sieht der Regierungsrat die Entwicklung der kantonalen Aufnahme (Kontingent) im Asylwesen für die Gemeinden in den nächsten Jahren?
3. Wie sieht der Regierungsrat die finanzielle Entwicklung im Asylwesen der Asylanten mit F-Status bei über 10-jährigem Aufenthalt in der Schweiz sowie vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen (VAFL), welche nicht zum Kontingent zählen?

4. Wie stellt sich der Regierungsrat zur ungleichen Belastung der Gemeinden im Asylwesen mit Asylanten mit F-Status? Welchen Lösungsansatz sieht der Regierungsrat bezüglich der ungleichen Belastung der Gemeinden vor?
5. Welche Massnahmen sieht der Regierungsrat bei Gemeinden vor, die in den letzten Jahren keine oder zu wenig Asylanten aufgenommen haben? Werden sie zur Kasse gebeten? Gibt es statistische Vergleichswerte?
6. Kann der Regierungsrat eine aktuelle Übersicht über die Situation des Asylwesens bzw. der Asylanten mit F-Status bei einem über 10-jährigen Aufenthalt in der Schweiz sowie vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen (VAFL) in den Gemeinden publizieren?
7. Wie stellt sich der Regierungsrat dazu, dass Kanton und Bund die Soziallasten der Asylanten mit F-Status mit über 10-jähriger Aufenthaltsdauer weiter finanziert?

Martin Farner
Linda Camenisch
Katharina Kull-Benz